

Actualités 3/2018

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2019

Spargelesen

am 25. Mai 2019 in
Stuttgart

Gemeinsame

Tagung

19.09. bis 22.09.2019
in Dresden

Vorseminar

17.09. bis 22.09.2019
in Dresden

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der DFJ,

zum Jahresausklang freuen wir uns, Ihnen die 3. Ausgabe für dieses Jahr vorlegen zu können. Wir weisen an dieser Stelle auf eine Besonderheit gerade dieser Ausgabe hin: Zum ersten Mal haben wir die Vortragsunterlagen von Referenten bei deren Veranstaltungen in unveränderter Fassung in unsere Ausgabe übernommen. Wir wollen damit die Attraktivität unserer Publikation erhöhen und auch den geänderten Lesegewohnheiten unserer Mitglieder Rechnung tragen.

Dies soll wieder ein Aufruf und Ansporn an Sie sein, sich an unserem "Projekt Actualités" zu beteiligen. Für Ihre Anregungen und Beiträge sind wir stets dankbar. Für das nächste Jahr haben wir uns 4 Ausgaben vorgenommen.

Wir wünschen Ihnen Allen ein gesegnetes Fest und zum Neuen Jahr viel Glück, Gesundheit und Erfolg!

Werner Gaus

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

En cette fin d'année, nous avons le plaisir de vous présenter la 3ème édition de cette année. Nous souhaitons attirer votre attention sur un élément particulier de cette édition: Pour la première fois, nous avons inclus les documents de présentation d'intervenants lors de colloques dans notre édition en une version inchangée. Ce faisant, nous voulons augmenter l'attractivité de notre publication et également tenir compte des nouvelles habitudes de lecture de nos membres.

Ceci est encore un appel à nos membres pour les encourager à participer à notre "Projet Actualités". Nous sommes toujours reconnaissants de vos suggestions et contributions. Pour l'année prochaine, nous envisageons de réaliser 4 numéros.

Nous vous souhaitons à tous de joyeuses fêtes de Noël et une bonne année 2019. Bonne chance, santé et succès!

Werner Gaus

■ Inhaltsverzeichnis

Impressum	1
Aus der Tätigkeit der Vereinigung	2
Protokoll der Mitgliederversammlung am 6. Oktober 2019 in Heidelberg	2
Bericht über das DFJ-Vorseminar 2018 in Heidelberg vom 2. bis 5. Oktober 2018	8
Hinweis auf das Vorseminar und die Gemeinsame Tagung 2019 in Dresden	14
Veröffentlichungen und besondere Tätigkeiten unserer Mitglieder	15
Das französische Gesellschaftsrecht im Vergleich zum deutschen	15
Évolution ou (R)Évolution du modèle social français?	21
Lesenswerte Publikationen aus Deutschland und Frankreich	27
BIJUS, la base de données juridiques franco-allemandes	27
République fédérale d'Allemagne : la jurisprudence constitutionnelle (2017)	28
Révision et mutation constitutionnelles	30
Droit international privé allemand et européen du patrimoine.	31
Mélanges en l'honneur du Professeur Claude Witz	32
Stellenanzeigen.....	34

■ Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

1. Vorsitzender:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

2. Vorsitzender:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretär:

Dr. Arno Maier-Bridou

Schatzmeister:

Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Werner Gaus

werner.gaus@brp.de

Telefon: +49 69 13373440

Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M

fkp@kutscher-puis.com

Telefon: +49 211 98948960

Jutta Leither

jleith@uni-mainz.de

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

Telefax: +49 6131 39-24700

E-Mail : jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Aus der Tätigkeit der Vereinigung

Protokoll der Mitgliederversammlung am 6. Oktober 2018 in Heidelberg

TOP 1: Begrüßung, Bestimmung des Versammlungsleiters und des Protokollführers

Der 1. Vorsitzende, Professor Dr. Marc-Philipp Weller, begrüßte die Teilnehmer. Zum Versammlungsleiter wird der 1. Vorsitzende und zum Protokollführer wird der Generalsekretär Dr. Arno Maier-Bridou bestimmt.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Der Mitgliederversammlung genehmigt einstimmig die Tagesordnung. Es wird kein Antrag auf Aufnahme zusätzlicher Tagesordnungspunkte gestellt.

TOP 3: satzungsgemäße Einberufung

Der 1. Vorsitzende stellte die satzungsgemäße Einberufung durch den Vorstand gem. Art. 7 Abs. 1 der Vereinssatzung fest (Ladungsfrist 1 Monat).

TOP 4: Beschlussfähigkeit

Nach Art. 7 Abs. 2 der Vereinssatzung ist die Mitgliederversammlung beschlussfähig, wenn mindestens 10 Mitglieder anwesend sind. Laut der von den Anwesenden unterschriebenen und diesem Protokoll als Anlage beigefügten Anwesenheitsliste sind 60 Mitglieder anwesend. Der 1. Vorsitzende stellte somit die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung fest.

TOP 5: Billigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 22. September 2017

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 22. September 2017 in Marseille wurde in unserem Mitteilungsblatt „Actualités“ 1/2018 veröffentlicht, welches an alle Mitglieder per E-Mail verteilt wurde und sich auch auf der Website der Vereinigung befindet. Das Protokoll wird per Handzeichen einstimmig gebilligt.

TOP 6: Bericht des Vorsitzenden

Prof. Weller berichtet, dass die Vereinigung seit der letzten Mitgliederversammlung im Oktober 2017 nach Abzug der ausgeschiedenen Mitglieder um 70 Mitglieder gewachsen ist und jetzt wieder knapp über 1.000 Mitglieder hat. Unser Ziel ist, wieder einen Stand von 1.300 Mitgliedern zu erreichen.

Am 3. Februar 2018 fand eine Sitzung des Vorstands mit dem Vorstand der französischen Schwesternvereinigung AJFA in Saarbrücken statt, in dem u.a. der Wunsch und die Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit diskutiert wurde. Die Sitzung fand auf freundliche Einladung des seinerzeitigen saarländischen Finanz- und Justizministers Stephan Toscani und insbesondere unseres Mitglieds Christine Klos, Leitende Ministerialrätin, im Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes statt (Bericht in Actualités 2/2018).

Das unter der tatkräftigen Mithilfe unserer örtlichen Mitglieder Dr. Anne Bach (Kanzlei Görg) und Dr. Hendrik Schindler (Kanzlei CMS) organisierte Spargelessen am 28. April 2018 mit Vorträgen von Frau Eva-Maria Michel, Justitiarin und stellvertretende Intendantin des WDR, Frau Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb, Programmbeauftragte des deutsch-französischen Studiengangs Rechtswissenschaften der Universität Köln war mit 90 Teilnehmern gut besucht. Vor dem Spargelessen fand eine Vorstandssitzung mit 10 Teilnehmern statt, u.a. zur Vorbereitung der Jahrestagung in Heidelberg.

Die Nachfrage für das sog. Vorseminar für junge deutsche und französische Juristen (Studierende, Rechtsreferendare und élèves-avocats) vom 2.-5. Oktober 2018 in Heidelberg war erneut so hoch, dass wie bereits 2017 in Marseille leider nicht alle Interessenten zugelassen werden konnten. Die Teilnehmerzahl muss aus finanziellen Gründen begrenzt werden, da die Unterbringung und Fahrtkosten der Teilnehmer von der DFJ bezuschusst werden und die Mittel begrenzt sind. Bei der Zulassung der 60 Teilnehmer wird ein ausgeglichenes Verhältnis von deutschen zu französischen Teilnehmern angestrebt, da die Begegnung von Deutschen und Franzosen wesentlicher Zweck unserer Veranstaltungen ist. Wiederum fand im Rahmen des Vorseminars ein Diskussionsforum zur Vorstellung von Doktor- und Masterarbeiten zur Verfügung, das rege genutzt wurde. Auch die Beteiligung an der Jahrestagung war mit 140 Teilnehmern sehr gut.

Das nächste Spargelessen findet auf Vorschlag und mit tatkräftiger Hilfestellung unseres Kuratoriumsmitglieds Reiner Graner im Mai oder Juni 2019 voraussichtlich in Stuttgart statt. Das nächste Vorseminar mit Gemeinsamer Tagung mit der französischen Schwesternvereinigung AJFA wird auf Vorschlag und mit tatkräftiger Hilfestellung unseres Vorstandsmitglieds Herta Weisser und hoffentlich weiterer Freiwilliger vom 17. bis 22.2019 in Dresden stattfinden.

TOP 7: Bericht durch den Vorstand

Dr. Baab berichtete über Aktivitäten zur DFJ-Website und Hilfestellung für die Neugestaltung der AJFA-Website nach unserem Format.

TOP 8: Bericht des Schatzmeisters

Die finanzielle Lage der Vereinigung ist unverändert gut, aber durch wachsende ständige Ausgaben angespannt. Das Niveau der Verwaltungskosten ist sehr akzeptabel. Wir hatten am 31.12.2017 liquide Mittel in Höhe von € 18.000 (Kontokorrentkonto) und € 83.000 (Rücklagenkonto), wie etwa in jedem Geschäftsjahr seit ca. 2010. Die regelmäßigen Einnahmen durch Mitgliederbeiträge betragen ca. € 43.000 p.a., die regelmäßigen Ausgaben € 35.000 p.a., sodass die liquiden Mittel einer Rücklage i.H.v. von ca. 2

Jahresmitgliedsbeiträgen entsprechen. Unser Ziel ist es, eine Rücklage in Höhe der Ausgaben für ein Kalenderjahr zu haben. Die Beitragsmoral der Mitglieder ist gut. Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig und erhält ebenso wie ein Teil der Referenten bei Veranstaltungen nur eine bescheidene Erstattung von Reisekosten.

In 2017 betragen die Gesamteinnahmen (Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Anzeigen und Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerks) ca. € 90.000, die Ausgaben etwa € 96.000. Wir haben daher einen geringfügigen Verlust zu verzeichnen, der aber in 2018 geringer ausfallen sollte. Die Einnahmen aus Anzeigen sind gestiegen und betragen 2017 ca. € 3.000. Die Ausgaben waren in 2017 höher als in anderen Jahren, weil die Vereinigung an die französische Schwesternvereinigung AJFA einen Zuschuss i.H.v. € 15.000 zur Organisation der gemeinsamen Tagung in Marseille und an die Teilnehmer des Vorseminars dort relativ hohe Fahrtkostenerstattungen gezahlt hat.

Die DFJ hat im Jahr 2017 einen und im Jahr 2018 zwei von der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) vergebene Exzellenzpreise für Rechtswissenschaften mit je € 1.500 gefördert. Mit den Exzellenzpreisen der DFH werden Absolventen von DFH-geförderten Studiengängen ausgezeichnet, die ihre fachliche und interkulturelle Exzellenz durch hervorragende Studienabschlüsse oder durch besondere Verdienste unter Beweis gestellt haben. Die Preise 2018 überreichten der 2. Vorsitzende Dr. Heiner Baab und der Schatzmeister Rudolf Herrmann im Rahmen einer Feier im Palais Beauharnais, der Residenz des deutschen Botschafters in Paris.

Die in 2018 angefallenen Druckkosten für das Mitgliederverzeichnis im neuen Layout der Vereinigung betragen ca. € 15.000, die aus der Rücklage finanziert werden.

TOP 9: Bericht des Rechnungsprüfers

Der Kassenprüfer, Herr Daniel Schreyer, informiert die Anwesenden über die Prüfung der Konten und Bücher für 2017. Die am 6.10.2018 durchgeführte Prüfung ergab keine Beanstandungen.

TOP 10: Bericht des Sonderprüfers über die Ausgaben für die Website

Da die neue Website durch die Kommunikationsagentur German Publishing GmbH erstellt wurde, einem Unternehmen unseres Rechnungsprüfers Daniel Schreyer, hatte die Mitgliederversammlung vom 22.9.2017 in Marseille wie schon im Vorjahr Thierry Schwenk aus Stuttgart zum Sonderprüfer für die in 2017 getätigten Ausgaben für die Neugestaltung der Website bestellt. Die am 20.9.2018 durchgeführte Prüfung ergab keine Beanstandungen.

TOP 11: Aussprache und Entlastung des Vorstandes

Der Vorstand wurde auf Vorschlag von Daniel Schreyer per Handzeichen einstimmig bei Enthaltung der Betroffenen entlastet.

TOP 12: vollständige Neufassung der Satzung gemäß Anlage

Die Satzung unserer Vereinigung stammt aus dem Jahr 1954 und ist ziemlich lückenhaft. Im Jahr 2013 wurde zwar eine Neufassung der Satzung beschlossen, die jedoch nur die in früheren Jahren beschlossenen Änderungen zusammenfasste. Es war daher schon seit einigen Jahren eine wirkliche Neufassung der Satzung geplant. Der Entwurf der neuen Satzung wurde mit der Einladung zu dieser Mitgliederversammlung verschickt.

Die wichtigsten inhaltlichen Neuerungen sind wie folgt

- neue Kategorie von außerordentlichen Mitgliedern (Fördermitgliedern) mit der Möglichkeit einer individuellen Vereinbarung des Mitgliedbeitrags,
- neue Kategorie von Ehrenmitgliedern/Ehrenpräsidenten (Ehrenmitglieder waren bisher in der Satzung widersprüchlich geregelt und unsere Ehrenpräsidenten waren satzungsmäßig überhaupt nicht verankert), derzeitige Ehrenpräsidenten sind die langjährigen Vorsitzenden der Vereinigung Prof. Dr. Walter Rudolf und Dr. Jürgen Jekewitz),
- Aufnahmeantrag auch durch E-Mail möglich, Austrittserklärung nicht,
- Möglichkeit einer Beendigung der Mitgliedschaft bei Nichtzahlung des Beitrags durch einfache Streichung von der Mitgliederliste,
- Änderung der Terminologie „1. Vorsitzender“ in „Präsident“ und „2. Vorsitzender“ in „Vizepräsident“ (entsprechend der in Frankreich üblichen Terminologie),
- Vergabe der Funktionen innerhalb des Vorstands durch den Vorstand selbst und nicht mehr durch die Mitgliederversammlung,
- Erweiterung des Vorstands auf 14 Mitglieder (statt bisher 12),
- satzungsmäßige Verankerung der zeitlichen Begrenzung der Mitgliedschaft des Kuratoriums auf 5 Jahre,
- Möglichkeit der Einladung zur Mitgliederversammlung auch durch E-Mail,
- satzungsmäßige Verankerung der Rechnungsprüfer.

Der Antrag auf Neufassung der Satzung gemäß der Anlage zur Einladung zur Mitgliederversammlung vom 31. August 2018 wird von der Mitgliederversammlung per Handzeichen einstimmig mit folgenden Änderungen angenommen:

- in § 11 Abs. 3 werden die Worte „des Beirats“ durch die Worte „des Kuratoriums“ ersetzt,
- in § 15 Abs. 1 wird ein Satz 1 eingefügt: „Die Mitgliederversammlung ist nur beschlussfähig, wenn wenigstens 10 Mitglieder anwesend sind.“
- in § 16 Abs. 1 wird der Satz „In diesen Fällen ist die Mitgliederversammlung nur beschlussfähig, wenn ein Viertel aller Mitglieder anwesend ist.“ gestrichen,
- in § 16 Abs. 3 wird „§ 15“ durch „§ 17“ ersetzt,
- in § 18 Abs. 2 werden die Worte „des Kassenprüfers“ und „des stellvertretenden Kassenprüfers“ durch „des Rechnungsprüfers“ und „des stellvertretenden Rechnungsprüfers“ ersetzt.

Die neue Satzung wird diesem Protokoll als Anlage beigelegt und wird mit Eintragung im Vereinsregister wirksam.

Der 1. und der 2. Vorsitzende werden ermächtigt und beauftragt, gemeinsam durch Beanstandungen des Finanzamts Mainz oder des Amtsgerichts Mannheim notwendig werdende Satzungsänderungen zu beschließen, damit eine Eintragung der Neufassung ins Vereinsregister erfolgen kann.

TOP 13: Wahl eines neuen Vorstandes

Gemäß Art. 8 Abs. 1 der Satzung endet die Amtszeit des Vorstands mit Ablauf der Mitgliederversammlung, die über die Entlastung für das zweite Jahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Aus diesem Grund ist eine Neuwahl notwendig.

Gemäß Art. 8 Abs. 2 Satz 2 der Vereinssatzung müssen Wahlvorschläge eines Mitglieds 2 Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim 1. Vorsitzenden eingehen.

Am 17.9.2018 ging ein Wahlvorschlag mit den Namen der derzeitigen 12 Vorstandsmitglieder ein, die sich alle zur Wiederwahl stellen. Dies sind:

1. Prof. Dr. Marc-Philipp Weller, 1. Vorsitzender (BGB-Vorstand),
2. Dr. Heiner Baab, 2. Vorsitzender (BGB-Vorstand),
3. Dr. Arno Maier-Bridou, Generalsekretär,
4. Rudolf Herrmann, Schatzmeister,
5. Thorsten Coss, Bochum
6. Christian Fischer, Hamburg,
7. Werner Gaus, Frankfurt am Main,
8. Dr. Christoph Hirschmann, Düsseldorf,
9. Dr. Stefan Kettler, Düsseldorf,
10. Nicola Kömpf, Paris,

11. Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf,
 12. Herta Weisser, Dresden.
- Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor.

Rudolf Herrmann möchte das Amt des Schatzmeisters abgeben, Dr. Christoph Hirschmann hat sich bereit erklärt, das Amt zu übernehmen.

Die Vereinssatzung enthält keine Formvorschriften über die Wahl des Vorstands, so dass der Versammlungsleiter eine Abstimmung durch Blockwahl mittels Handzeichen bestimmt.

Die Mitgliederversammlung wählt per Handzeichen Prof. Dr. Marc-Philipp Weller als 1. Vorsitzenden, Dr. Heiner Baab als 2. Vorsitzenden, Dr. Arno Maier-Bridou als Generalsekretär, Dr. Christoph Hirschmann als Schatzmeister sowie die übrigen vorgeschlagenen 8 Personen einstimmig unter Enthaltung aller derzeitigen Vorstandsmitglieder. Die anwesenden Vorstandsmitglieder nehmen die Wahl an, die abwesenden Vorstandsmitglieder haben bereits vor der Versammlung erklärt, dass sie ihre Wiederwahl annehmen.

TOP 13a: Wahl eines neuen Kassenprüfers

Herr Daniel Schreyer ist seit 16 Jahren Kassenprüfer der Vereinigung. Die Mitgliederversammlung wählt Herrn Schreyer per Handzeichen einstimmig unter Enthaltung des Betroffenen zum Kassenprüfer für die Jahre 2018 und 2019. Herr Schreyer nimmt die Wahl an, gibt jedoch bekannt, dass er sein Amt nach Ablauf dieser Amtszeit zur Verfügung stellen möchte.

TOP 13b: Wahl eines neuen Sonderprüfers über die Ausgaben für die Website

Da die neue Website durch die Kommunikationsagentur German Publishing GmbH erstellt wurde, einem Unternehmen unseres Rechnungsprüfers Daniel Schreyer, wählt die Mitgliederversammlung Herrn Thierry Schwenk aus Stuttgart per Handzeichen einstimmig unter Enthaltung des Betroffenen zum Sonderprüfer über die in 2018 getätigten Ausgaben für die Neugestaltung der Website. Herr Schwenk nimmt die Wahl an.

TOP 14: Erhöhung der Mitgliederbeiträge

Die von der Mitgliederversammlung festzusetzenden Mitgliedsbeiträge der Vereinigung betragen seit ca. 10 Jahren € 50,00/Jahr. Für Mitglieder in Ausbildung sowie auf Antrag für nicht mehr berufstätige Mitglieder hat der Vorstand aufgrund von Art. 5 der Vereinssatzung einen ermäßigten Beitrag von € 25,00/Jahr festgesetzt. Seither sind die Ausgaben der Vereinigung erheblich gestiegen.

Der Vorstand schlägt daher der Mitgliederversammlung vor, den Beitrag für Mitglieder (nach Inkrafttreten der neuen Vereinssatzung: für ordentliche Mitglieder) auf € 75,00/Jahr festzusetzen. Dieser

Vorschlag wird per Handzeichen mit 58 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Vorstand beabsichtigt, den ermäßigten Beitrag von € 25,00/Jahr auf € 35,00/Jahr zu erhöhen.

TOP 15: Actualités

Die 2018 im neuen Layout der Vereinigung erschienenen Ausgaben unseres Mitteilungsblatts „Actualités“ unter der Federführung von Dr. Fabienne Kutscher-Puis und Werner Gaus mit der tatkräftigen Unterstützung von Jutta Leither werden allgemein als sehr gelungen gewürdigt. Frau Leither, seit vielen Jahren die gute Seele unserer Geschäftsstelle, erhält einen großen Blumenstrauß und langanhaltenden Beifall für ihren unermüdlichen Einsatz für die Actualités und unsere Vereinigung.

Prof. Dr. Marc-Philipp Weller
1. Vorsitzender

Dr. Arno Maier-Bridou
Generalsekretär

Bericht über das DFJ-Vorseminar 2018 in Heidelberg vom 2. bis 5. Oktober 2018

von stud. iur. Greta GÖBEL, Institut für internationales und ausländisches Privat- und Wirtschaftsrecht, Universität Heidelberg

Nach dem DFJ-Vorseminar im Jahr 2017 im spätsommerlichen Marseille fand das diesjährige Seminar – nicht weniger sonnenverwöhnt – vom 2. bis 5. Oktober 2018 in Heidelberg statt. 50 Studierende, Doktorandinnen und Doktoranden, Referendarinnen und Referendare sowie Praktizierende aus Frankreich und Deutschland nahmen am Vorseminar und der sich daran anschließenden Jahrestagung teil.

Das Vorseminar fand hauptsächlich in den Räumen des Instituts für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht statt, welches direkt neben der Neuen Universität gelegen ist. An diesem Platz wurde 1386 die Universität vom pfälzischen Kurfürsten Ruprecht I. gegründet und der Vorlesungsbetrieb im Augustinerkloster aufgenommen. Das heutige Institutsgebäude in der Augustinergasse war ehemals das Wohnhaus Samuel von Pufendorfs, der von 1661 bis 1668 den Lehrstuhl für Völkerrecht in Heidelberg innehatte. Später beherbergte es die Juristische Fakultät, die mittlerweile in die Friedrich-Ebert-Anlage ausgelagert ist. Seitdem befindet sich das Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht im Gebäude am Universitätsplatz. Dort begrüßte der Vorsitzende der DFJ, Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, die

Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Dienstagabend zum Vorseminar in Heidelberg.

Die Vorträge und Workshops begannen am Folgetag. Dabei war das Themenangebot sehr breit gefächert und reichte von praktischer Rechtsvergleichung über aktuelle Themen der Politik und Wirtschaft bis hin zu beruflichen Aussichten. Besonderer Dank gilt dabei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen des Instituts Nina Benz, Laura Nasse und Lucienne Schlürmann, die das Programm des Vorseminars und der Jahrestagung mit großem Engagement gestaltet und organisiert haben.

I. Anwaltsworkshops

Sehr umstritten waren im letzten Jahr in Frankreich die Arbeitsrechtsreformen des Präsidenten Emmanuel Macron, der durch erleichterte Kündigungsvoraussetzungen und -bedingungen eine Verbesserung des Arbeitsmarkts anstrebt. Zu diesem Thema berichtete Frau Rechtsanwältin Nicola Kömpf aus ihrer Praxis im französischen Arbeitsrecht und befürwortete die erleichterten Kündigungsbedingungen und die flexibleren Einstellungsmöglichkeiten. Aus Praktikabilitäts- und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere auch um Frankreich als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen, sei es notwendig, tatsächliche, nicht mit ruinösen Entschädigungszahlungen verbundene Entlassungen zu ermöglichen. Dies liege auch im Arbeitnehmerinteresse, da nur so Einstellungen erreicht würden. Vorangehend gab sie uns einen Überblick über das französische Arbeitsrecht und stellte die Unterschiede vor und nach den Reformen dar. Dabei wurden vor allem die unterschiedlichen Gewichtungen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeber- bzw. Wirtschaftsinteressen in Frankreich und Deutschland sichtbar, was eine (Grundsatz-) Diskussion im Plenum anregte.

Ein weiterer grundsätzlicher Unterschied wurde im Immobilienrecht deutlich: Im deutschen Recht gilt das Trennungs- und Abstraktionsprinzip, wohingegen im französischen Recht mithilfe anderer Mechanismen die Risiken und Rückabwicklungsmöglichkeiten bei einem Immobilienkauf berücksichtigt werden. Anhand zahlreicher Beispielfälle gab Frau Rechtsanwältin Herta Weisser einen anschaulichen Überblick über das französische und deutsche Immobilienrecht. Unterschiede ergeben sich dort bei der Eigentumsübertragung (wie bereits erwähnt), bei der Haftung für Mängel sowie bei der Erlangung von Informationen über die Immobilie: Im Gegensatz zum französischen Service de la publicité foncière (SFR), über welches jeder Anfragende zentral Zugang zu Informationen über Grundstücke erhält, ist das deutsche Grundbuch nur mit berechtigtem Interesse beim jeweils zuständigen Amtsgericht zugänglich.

Einen Einblick ins internationale Steuerrecht erhielten wir von Herrn Patrik Deutsch und Herrn Victor Le Pape. Internationale Doppelbesteuerung wird mithilfe von meist bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) geregelt, die als völkerrechtliche Verträge zwischen den Staaten abgeschlossen werden und die Besteuerung nach dem Ansässigkeits- oder Quellenstaat festlegen. In der EU kommen europarechtliche Regeln hinzu, die diese Verträge überlagern können. Gleichfalls ist im deutschen Recht zu beachten, dass ein sog. Treaty override vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsgemäß erklärt wurde und somit nationale Regelungen zum Teil über denen des DBA stehen können. Grundlage für viele der DBA ist das OECD-Musterabkommen, welches wir an drei Beispielfällen anwendeten.



Neben dem europäischen Steuerrecht behandelte ein Vortrag auch einen Ausschnitt des europäischen Gesellschaftsrechts. Die Thematik des Brexits und die daraus folgenden Fragestellungen zu grenzüberschreitenden Sitzverlegungen, Umwandlungen und Verschmelzungen von Gesellschaften wurden von Herrn Rechtsanwalt Werner Gaus erläutert und engagiert diskutiert.

II. Diskussionsforum

Das Diskussionsforum am Donnerstagmorgen gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit, Doktor-, Master- oder andere Studienarbeiten zu präsentieren und anschließend im Plenum zu diskutieren.

Im Einklang mit den jüngsten Forschungen des Instituts war gleich in zwei Themenbereichen die deliktische Haftung von Unternehmen Gegenstand der Diskussionsrunde: zum einen für Menschenrechtsverletzungen, zum anderen für Schäden des Klimawandels (sog. climate change litigation).

Bei der Deliktshaftung von Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen ist im deutschen Recht zunächst an § 823 I BGB zu denken; vor dem Hintergrund des konzernrechtlichen Trennungsprinzips scheitert eine Haftung der Muttergesellschaft für Menschenrechtsverletzungen ausländischer Zulieferer oder

Tochterfirmen jedoch an der Zurechnung, wenn nicht bereits vorher mangels Qualifikation einer Rechtsguts- oder Pflichtverletzung. Demnach bleibt im deutschen Recht lediglich eine Haftung aus Nichteinhaltung der Nichtfinanziellen Erklärung gemäß der CSR-Richtlinie, die jedoch nicht bindend ist. Ob sich aus dieser Richtlinie, den UN- und den OECD-Leitlinien eine CSR-Sorgfaltspflicht herleiten lässt, ist aufgrund der Unvorhersehbarkeit sowie den großen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands fraglich. In Frankreich hingegen wurde 2017 die Loi relative au devoir de vigilance verabschiedet, wodurch eine Haftung des Unternehmens für Handlungen sowohl von Tochterfirmen als auch von Zulieferern begründet wird. Bisher ist Frankreich damit jedoch „chevalier seul“. Ob dieses Gesetz sowie die Entwicklung einer europäischen Sorgfaltspflicht durch den europäischen Gesetzgeber zu einer Erosion des Rechtsträgerprinzips im Bereich der deliktischen Konzernhaftung führen, wurde im Anschluss an den Vortrag im Plenum diskutiert.

Im Bereich der Climate change litigation stellt sich eine parallele Problematik. Dabei treten zu der problematischen Zurechnung zwischen Tochter- und Muttergesellschaft und der Frage nach der Möglichkeit der Durchbrechung des Rechtsträgerprinzips Kausalitätsfragen hinzu. So stellt sich im Fall der vor dem OLG Hamm anhängigen Klage eines peruanischen Bauern gegen den Energiekonzern RWE die Frage, inwieweit ein Unternehmen für den Klimawandel verantwortlich sein kann und wie bzw. ob es für die Schäden aufzukommen hat. Die Klage basiert auf einer Studie, wonach RWE für 0,47 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist.

Ein anderer Vortrag lag im Familienrecht und stellte die Verfassungsmäßigkeit des § 1357 BGB über die Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs von Ehegatten infrage. Die Norm diene aufgrund der Entwicklung der Rollenbilder und Familienmodelle nun nicht mehr dem Schutz des (zumeist weiblichen) nichtverdienenden Ehepartners, sondern dem Gläubigerschutz, indem gesetzlich ein weiterer Schuldner hinzutritt, ohne dass der Gläubiger zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses auch nur Kenntnis davon haben muss. Da diese Gläubigerprivilegierung jedoch nur bei Ehen, nicht aber bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften eintritt, sei ein Verstoß gegen Art. 3 I GG nicht auszuschließen. Auch in Bezug auf Art. 6 I GG sei die Vorschrift problematisch.

In einem weiteren Vortrag wurde nicht die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz, sondern die Vereinbarkeit der 50+1-Regel im Profifußball mit dem europäischen Recht auf den Prüfstand gestellt.

Daneben wurde auch die praktische Effektivität der Regel als Investitionsbeschränkung infrage gestellt.

Nach intensivem Austausch über die aufgeworfenen Fragestellungen am Vormittag ging es für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag auf den Philosophenweg und zum Heidelberger Schloss. Als Ausklang des Vorseminars wurde am Abend noch die Untere Straße, die bekannte Kneipenstraße Heidelbergs, erkundet.



III. Berufsperspektiven

Der Freitagmorgen stand im Lichte deutsch-französischer Berufsperspektiven.

Einen sehr interessanten Auftakt gab Frau Dr. Susanne Mädlich, indem sie Aufgaben und Tätigkeit der Magistrats de liaison vorstellte und einen persönlichen Einblick in die Zusammenarbeit des französischen und deutschen Justizministeriums vermittelte. Dabei präsentierte sie nicht nur die historische Entwicklung der Magistrats und deren tägliche Aufgaben, sondern berichtete auch von besonderen persönlichen Erfahrungen. So besuchte nicht zuletzt wegen ihres Engagements als Magistrat Bundespräsident Joachim Gauck 2013 das Dorf Oradour-sur-Glane in Frankreich. Damit gedachte zum ersten Mal ein deutscher Staatsoberhaupt dem Massaker, das die SS 1945 an den Dorfbewohnern beging.



Anschließend berichtete Frau Rechtsanwältin Françoise Berton von ihrem Werdegang und ihrer Tätigkeit als Anwältin im internationalen Wirtschaftsrecht an einem French Desk und hob hervor, wie wichtig es für die Arbeit mit Kunden aus anderen Ländern sei, die dortigen Gepflogenheiten und Arbeitsweisen zu kennen und zu berücksichtigen.

Als Leiter der Rechtsabteilung der BASF in Frankreich teilte Herr Dr. Stefan Rothweiler seine Erfahrungen.



Allen drei Vorträgen war gemein, dass die Vortragenden neben der fachlichen insbesondere die interkulturelle Kompetenz als besonders bedeutend für eine grenzüberschreitende Tätigkeit hervorhoben.

Mit diesen praktischen und hilfreichen Beiträgen endete das diesjährige Vorseminar und begann die Haupttagung der DFJ, zu der im Anschluss in der Neuen Universität der Ruprecht-Karls-Universität begrüßt wurde.



Greta Göbel ist Studierende an der Universität Heidelberg und studentische Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Weller am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht.

Die folgenden Vorträge des **Anwaltworkshops** können wir Ihnen auf Anfrage im Sekretariat zur Verfügung stellen:

Grundlagen des Immobilienkaufs in Frankreich und Deutschland anhand praktischer Beispiele

Referentin: RAin Herta WEISSER (Weisser Legal, Dresden)

Fälle aus dem Arbeitsrecht unter Bezugnahme auf aktuelle Rechtsentwicklungen in Frankreich und Deutschland

Referentin: RAin und Avocate Nicola KÖMPF (ALERION, Paris)

Steuern im Herzen von Europa: Doppelbesteuerung und ihre Vermeidung - Ein Überblick anhand eines Anwendungsbeispiels

Referenten:

Patrik DEUTSCH, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, deutsches und internationales Finanz- und Steuerrecht, Universität Trier

Victor LE PAPE, Maître en droit, Junior Associate, BONN STEICHEN & PARTNERS, Howald, Luxembourg

Fälle zum Europäischen Gesellschaftsrecht, hier: Niederlassungsfreiheit und auch grenzüberschreitende Sitzverlegungen und Verschmelzungen

Referent: RA Werner GAUS, LL.M. (BRP Renaud und Partner, Frankfurt)

Hinweis auf das Vorseminar und die Gemeinsame Tagung mit der Association des Juristes Français et Allemands (AJFA) in Dresden

Auf Initiative unseres Vorstandsmitglieds Frau Rechtsanwältin Herta Weisser ist die Wahl des Tagungsortes 2019 auf Dresden gefallen.

Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an Frau Weisser, die mit Unterstützung der Vorstandsmitglieder Rudolf Herrmann und Thorsten Coß bereits eifrig mit der Ablaufplanung beschäftigt ist.

Das **Vorseminar** für Studenten, Referendare und junge Juristen aus Deutschland und Frankreich findet vom **17. bis 22. September 2019** statt. Auf die Teilnehmer warten aktuelle juristische Themen, Workshops, die Teilnahme an der Gemeinsamen Tagung mit einem bunten Rahmenprogramm. Wie schon in den letzten 2 Jahren besteht die Möglichkeit zur Vorstellung von Doktor- und Masterarbeiten.

Die Gemeinsame Tagung mit der AJFA findet vom **19. bis 22. September 2019** statt.

■ Veröffentlichungen und besondere Tätigkeiten unserer Mitglieder

Das französische Gesellschaftsrecht im Vergleich zum deutschen Ausgewählte, für den deutsch-französischen Geschäftsverkehr relevante Besonderheiten

von Oliver WIESIKE, Avocat und Rechtsanwalt
WIESIKE & HEURTREY Avocats & Rechtsanwältin
Kanzlei für den deutsch-französischen Rechtsverkehr

(Handout eines am 2. November 2018 bei einem Deutsch-Französischen Kolloquium
im Rahmen des Internationalen Kammertag der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am
Main gehaltenen Vortrags)

1. Fonds de commerce – Laufender Geschäftsbetrieb/ Firmenwert
 - a) Begriffserklärungen

Rechtliche Definition: Gesamtheit der materiellen und immateriellen Vermögenswerte, die es erlauben, die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens zu erhalten oder zu entwickeln.

Dazu gehören: Vorräte, Material, das Recht auf Erneuerung eines gewerblichen Mietvertrags, Patente, Markenrechte sowie der eigentliche „fonds commercial“, der im Wesentlichen aus der Kundschaft besteht.

Deutsche Übersetzung aus bilanzrechtlicher Sicht: Firmenwert oder neudeutsch: goodwill

Aus wirtschaftsrechtlicher Sicht: Laufender Geschäftsbetrieb

Der gesondert bilanzierte „fonds commercial“ unterliegt, anders als die anderen materiellen und immateriellen Vermögensgegenstände, die ebenfalls zum laufenden Geschäftsbetrieb gehören und eine voraussehbare, zeitlich begrenzte Nutzungsdauer haben, nicht der Abschreibung, er kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen abgewertet werden.
 - b) **Anwendbare Regeln bei Verfügungen über Elemente des fonds de commerce**

Verfügungen über den laufenden Geschäftsbetrieb

Über den laufenden Geschäftsbetrieb sowie einzelne Elemente davon kann losgelöst von der Gesellschaftsstruktur verfügt werden.

→ Verpfändung, Verpachtung (*location-gérance*) und Veräußerung

Rechtlicher Rahmen

Artikel L 141-1 und ff. sowie Artikel R 141-1 und ff. des Handelsgesetzbuches

→ Ordre public-Vorschriften zum Schutz des Erwerbers und der Gläubiger des Veräußerers, auch bei konzerninternen Abtretungen

Schutz des Erwerbers

Offenlegungs- und Informationspflichten des Verkäufers, Mindestangaben im Vertrag : Herkunft, Belastungen, Umsatz und Ergebnisse der letzten 3 Geschäftsjahre, Vertragsbedingungen des gewerblichen Mietvertrags

Sanktion mangelnder Angaben: Anfechtbarkeit des Vertrages

Sanktion falscher Angaben: Haftung des Verkäufers nach Wahl des Käufers: Rückabwicklung oder Minderung, ggf. Schadensersatz, wenn Verkäufer bösgläubig gehandelt hat

Schutz der Gläubiger des Verkäufers

Veröffentlichungspflicht → Widerspruchsrecht von 10 Tagen

Berechtigter Widerspruch blockiert Anspruch auf Zahlung des Kaufpreises. Auszahlungen entgegen dieser Regeln können den Gläubigern nicht entgegengehalten werden, der Käufer leistet dann nicht mit befreiender Wirkung.

Schutz der Gläubiger des Verkäufers

Der Verkäufer darf über seinen Zahlungsanspruch nicht mehr verfügen.

Empfehlung: Hinterlegung des Kaufpreises und Bestellung eines Sequesters, der vorrangig davon berechnigte Forderungen von Gläubigern des Verkäufers bedient.

Gläubiger, für die ein Vorrecht auf den laufenden Geschäftsbetrieb oder bestimmte Sachanlagen eingetragen ist und solche, die fristgerecht Widerspruch eingelegt haben, können, um sich gegen eine Verschleierung des Kaufpreises zu schützen, die Zwangsversteigerung des laufenden Geschäftsbetriebs zum vereinbarten Kaufpreis zuzüglich eines Sechstels verlangen.

Formalitäten

Registrierung: Der Vertrag zur Veräußerung des laufenden Geschäftsbetriebs ist oder, in Ermangelung eines Vertrages oder wenn dieser nicht publik gemacht werden soll, die Pflichtangaben in einem speziellen, für diesen Zweck vorgesehenen Formular sind beim Finanzamt am Ort der Belegenheit des Geschäftsbetriebs zu

registrieren. Dies gilt selbst für notariell beurkundete Kaufverträge (z. B. wenn Immobilien mit veräußert werden).

Ist eine der Voraussetzungen für das Verkäuferprivileg (Zugriffsrecht auf den Geschäftsbetrieb als Sicherheit für die Zahlung des Kaufpreises, das grundsätzlich dem Geschäftsbetrieb auch bei Weiterveräußerung folgt) wie auch für die anschließende Veröffentlichung und löst eine nicht unwesentliche Registrierungsgebühr aus (Verkehrssteuer), sofern der Kaufpreis bzw. der Verkehrswert, wenn dieser höher ist, 23.000 € übersteigt:

3 % auf den Kaufpreisanteil zwischen 23.000 und 200.000 € und 5 % für den darüberhinausgehenden Kaufpreisanteil, Mindestgebühr: 25 €

Eintragung im Handelsregister: Erwerber, wenn er dies bislang nicht war, ansonsten Eröffnung einer Zweigniederlassung oder Änderungseintragung. Führt die Veräußerung für den Verkäufer zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit, hat dieser seine Löschung aus dem Handels- und Gesellschaftsregister zu veranlassen.

Veröffentlichung: innerhalb von 15 Tagen nach Unterzeichnung in einem amtlichen Mitteilungsblatt am Ort der Belegenheit des Geschäftsbetriebs. Innerhalb von 3 Tagen nach dieser Veröffentlichung ist bei der Geschäftsstelle des Handels- und Gesellschaftsregister die Veröffentlichung im Bodacc (vergleichbar mit dem Bundesanzeiger) zu beantragen. Diese hat eine Frist von 15 Tagen, um die Veröffentlichung zu veranlassen.

Verkaufsanzeige gegenüber der Gemeinde: Vorkaufsrecht der Gemeinde in bestimmten Gewerbeschutzgebieten, Vorabanfrage empfehlenswert!

Anwendungsbeispiel

Eine deutsche Firma verfügt über eine Mehrheitsbeteiligung in einer französischen Gesellschaft, die sie vor Jahren zusammen mit dem Geschäftsführer und Minderheitsgesellschafter letzterer gegründet hat. Letzterer ist in seiner Urlaubszeit viel in Asien herumgekommen und hat bei der Gelegenheit auch Kundenkontakte geknüpft und dadurch ein nicht unwesentliches Exportgeschäft u.a. nach China entwickelt. Über die Jahre ist der Konzern gewachsen und hat nunmehr auch eine Tochtergesellschaft in China gegründet. Da der Vertrieb der Konzernprodukte dort nunmehr zweckmäßigerweise bei der chinesischen Tochtergesellschaft konzentriert werden soll, wird der Geschäftsführer der französischen Tochtergesellschaft freundlich gebeten, die Daten der Kundschaft in China mal eben per E-Mail an die Konzernvertriebsleitung zu übersenden.

Darf der frz. Geschäftsführer und Minderheitsgesellschafter diesem Wunsch so ohne Weiteres nachkommen?

c) Parallelen zur Funktionsverlagerung im deutschen Recht

Beispiel: Eine deutsche GmbH hat über mehrere Jahre hinweg Kundschaft in Frankreich als Exportgeschäft beliefert. Es wird beschlossen, in Frankreich eine Vertriebstochter zu gründen, die die bestehende Kundschaft weiter bedienen und den Umsatz mit dieser steigern soll. Die Vertriebsfunktion wird also nach Frankreich verlagert.

Auf der Grundlage des Fremdvergleichsprinzips geht die deutsche Finanzverwaltung davon aus, dass eine solche Kundschaft an Dritte nicht ohne Gegenleistung abgetreten werden würde. Wird also für die Übernahme der Kundschaft durch die frz. Tochtergesellschaft keine ausreichende Gegenleistung vorgesehen, wird sie bei einer Betriebsprüfung den geschätzten Wert dieser Kundschaft in das Jahresergebnis reintegrieren und besteuern.

Nach frz. Recht wäre eine solche Übertragung zwischen zwei französischen Unternehmen als Übertragung eines laufenden Geschäftsbetriebs oder von Kundschaft zu qualifizieren, mit den vorstehend genannten Konsequenzen.

Lösung: Bewertung des Ertragspotentials dieser Kundschaft und Einbringung als Sachanlage bei der Gründung gegen Zuteilung einer entsprechenden Anzahl von Aktien.

Eine solche Operation ist nach frz. Recht außerdem von der Registrierungsgebühr befreit.

2. **Société par actions simplifiée - Die Vereinfachte Aktiengesellschaft**

a) A Star Is Born - Ein Wunder der (gesetzgeberischen) Schöpfung

- Ein „moment de grâce“ des frz. Gesetzgebers
- Unikum unter den frz. Gesellschaftsformen: weitestgehende Freiheit bei der Gestaltung des Gesellschaftsvertrags
- Das Schweizer Messer des Gesellschaftsrechtlers: nur an die Börse gehen kann man mit ihr nicht

b) Warum die SAS das eigentliche Pendant zur GmbH deutschen Rechts ist

- Starre, unabdingbare Rahmenbedingungen der GmbH frz. Rechts und der Kleinen AG des dt. Rechts
- Standing einer GmbH frz. Rechts
- Prêt à porter <--> Haute Couture

– Und all das ohne Mindeststammkapitalvoraussetzung ...

2017: 591.000 Neugründungen von Unternehmen in Frankreich (ohne Agrarsektor), das sind 7 % mehr als im Vorjahr, Höchststand seit 2010

Darunter sind viele Selbständige mit Status eines Mikrounternehmens („Autoentrepreneurs“), aber auch 349.000 „klassische“ Unternehmen, so viel wie noch nie seit das nationale Statistikamt INSEE diese Zahlen erfasst (1987).

60 % aller Neugründungen erfolgten in Form der SAS. Den größten Anteil daran haben die SAS mit Alleingesellschafter (37 % aller Neugründungen)

Häufigste Gesellschaftsform noch in 2014 (57 %), wurden in 2017 nur noch 36 % der Unternehmen in Form der SARL gegründet.

Quelle: INSEE

Aufteilung der neugegründeten Gesellschaftsformen nach Rechtsform

in %

Jahr	Einpersonen - GmbHs	GmbHs ohne Einpersonen-GmbHs	SAS mit Alleingesellschafter	Andere SAS	Andere Gesellschaftsformen	Gesamt-
2013	24	42	15	15	4	100
2014	22	35	20	19	4	100
2015	19	29	27	21	4	100
2016	16	24	33	23	4	100
2017	15	21	37	24	3	100

c) Vorteile der SAS für Tochtergesellschaften deutscher (ausländischer) Unternehmen

Der Gesellschaftsvertrag der SAS: Vademecum der Funktionsweise der Gesellschaft

Nichts ist unmöglich, von der schlanken Vertriebsstruktur bis zum Gemeinschaftsunternehmen mit einem lokalen Partner

Gesetzlicher Vertreter (Präsident) kann eine juristische Person sein

Elegante Gestaltungsmöglichkeiten, um dem Geschäftsleiter vor Ort eine soziale Absicherung zu verschaffen

3.

Die Rolle der Notare im Gesellschaftsrecht

a)

Vorherrschaft der privatschriftlichen Urkunde

- Niedrigeres Schutzbedürfnis im Allgemeinen vom Gesetzgeber angenommen
- Wettbewerbsvorteil der Authentizität seit Einführung des „Acte d’Avocat“ praktisch nicht mehr gegeben
- Kostenargument
- Kompetenz der Notare im Gesellschaftsrecht

b)

Konkurrenz der Anwälte im Bereich des Gesellschaftsrechts

- Randbereiche notarieller Tätigkeit im Gesellschaftsrecht:
 - Unternehmensübertragungen im Rahmen der Erbfolge oder vorweggenommenen Erbfolge
 - Übertragung von Betriebsgrundstücken oder gewerblichen Mietverträgen, die notarielle Beurkundung vorsehen
- Die Steuerberater (*experts-comptables*): Kampfpreise im Gesellschaftssekretariat
 - Unternehmensübertragungen im Rahmen der Erbfolge oder vorweggenommenen Erbfolge
 - Übertragung von Betriebsgrundstücken oder gewerblichen Mietverträgen, die notarielle Beurkundung vorsehen

c)

Grenzüberschreitende Operationen

Beispiel: Grenzüberschreitende Sitzverlegung mit Rechtsformwechsel unter Wahrung der rechtlichen Identität von Frankreich nach Deutschland

- Erfordernis der Koordination zwischen Rechtsanwalt in Frankreich, Notar und Registerrichter in Deutschland
- Nachweis der Anerkennung durch das französische Recht der grenzüberschreitenden Sitzverlegung
- Befähigungsnachweis



Oliver Wiesike ist Rechtsanwalt und Avocat à la Cour. Er ist in der Kanzlei WESIKE & HEURTREY Avocats & Rechtsanwälte in Lyon tätig und bietet wirtschaftsrechtliche Beratung im Frankreichgeschäft.

Herr Wiesike ist Verantwortlicher in der Internationalen Kommission der Anwaltskammer Lyon für die Partnerschaft mit der Anwaltskammer Frankfurt/Main.

Évolution ou (R)Évolution du modèle social français?

Les ordonnances MACRON du 22 septembre 2017

par Katherine KLECK-LEFORT, Avocat au Barreau de Lyon, France

Présentation dans le cadre du Jumelage des Barreaux de Frankfurt et de Lyon du 1er novembre 2017

1. Ordonnances MACRON : DE QUOI PARLE-T-ON ?

5 ORDONNANCES :

Ordonnance n°2017 – 1385 relative au renforcement de la négociation collective

Ordonnance n°2017 – 1386 relative à la nouvelle organisation du dialogue social et économique dans l'entreprise favorisant l'exercice et la valorisation des responsabilités syndicales

Ordonnance n°2017 – 1387 relative à la prévisibilité et à la sécurisation des relations de travail

Ordonnance n°2017 – 1388 portant sur diverses mesures relatives au cadre de la négociation collective

Ordonnance n°2017 – 1389 relative à la prévention et à la prise en compte des effets de l'exposition à certains facteurs de risques professionnels et au compte professionnel de formation.

Et... 26 décrets d'application pris entre le 27 septembre et le 31 décembre 2017

Pour une mise en application effective dès le 1er janvier 2018.

2. Une réforme venue de nulle part ?

Loi 2008-789 du 20 août 2008 dite Loi Fillon (démocratie sociale et réforme du droit du travail)

Loi 2013-504 du 14 juin 2013 (sécurisation de l'emploi)

Loi 1994-2015 du 17 août 2015 dite Loi Rebsamen (relative au dialogue social dans l'entreprise)

Loi 2016-1088 du 08 août 2016 dite Loi travail 1 ou loi Khomri (relative au travail, à la modernisation du dialogue social et à la sécurisation des parcours professionnels)

NON !

Une réforme qui s'inscrit dans un processus de transformation des relations sociales, mise en œuvre depuis près de dix ans par les gouvernements précédant la présidence de M. Emmanuel Macron.

3.

De quoi s'agit-il ?

Les aspects fondamentaux de la réforme :

Le renforcement de la négociation collective :

La négociation collective à tous les niveaux

L'articulation entre les niveaux de négociation

La présence des syndicats dans l'entreprise par la création du Conseil d'entreprise (CE)

La nouvelle organisation du dialogue social : le Comité Social et Economique (CSE)

La mise en place du CSE

Les attributions du CSE

Périodicité et contenu des consultations et négociations obligatoires du CSE

Prévisibilité et sécurisation de la relation de travail

4.

**Renforcement de la négociation collective
POUR UNE NEGOCIATION COLLECTIVE A TOUS LES ETAGES**

Négociation au niveau national et interprofessionnel

Négociation collective renforcée au niveau des branches professionnelles :

Restructuration et rationalisation des branches professionnelles (de 700 à 200 branches)

Adaptation aux spécificités métiers, la convention de branche est le garde-fou de ces particularités

Tout accord de branche doit prévoir des dispositions spécifiques tenant compte des réalités des petites et moyennes entreprises (PME/TPE)

Négociation collective renforcée au niveau de l'entreprise : s'approprier les nouvelles règles de négociation collective, un nouveau challenge...

5. L'articulation entre les différents niveaux de négociation collective

Le principe est la primauté accordée à la négociation d'entreprise, exception faite de certains thèmes réservés à la négociation de branche.

Bloc 1 : Primauté de l'accord de branche sur une base territoriale et professionnelle : **seul un accord d'entreprise au moins équivalent peut déroger à l'accord de branche**

13 Domaines de négociation sur lesquels les branches professionnelles doivent impérativement négocier.

Bloc 2 : Primauté de l'accord de branche sous condition : **la primauté ne joue que si l'accord de branche le stipule expressément et si l'accord d'entreprise est postérieur à l'accord de branche**

4 Domaines de négociation sous condition

Bloc 3 : **Primauté à l'accord d'entreprise** et à la négociation d'entreprise dans tous les autres domaines sont laissés à l'initiative de l'entreprise sous réserve du respect des dispositions légales et d'ordre public.

6. S'APPROPRIER LA NEGOCIATION COLLECTIVE

Soit les entreprises s'emparent des possibilités de négociation qui leur sont offertes et élaborent des règles adaptées à leur situation économique propre, elles construisent des normes adaptées à leurs besoins, soit, si elles ne prennent aucune initiative, elles se contenteront d'appliquer le socle commun et les minima de la branche.

→ Faire des organisations syndicales **des partenaires de l'entreprise !**

Le domaine et les sujets sur lesquels les partenaires sociaux peuvent négocier ont été considérablement élargis.

Les conditions de travail au sens large (salaires, durée et aménagement du temps de travail, QVT qualité de vie au travail, GPEC gestion prévisionnelle des emplois et compétences...)

Toutes les règles de négociation (contenu, périodicité, informations préalables...)

Tous les aspects de fonctionnement du CSE et ses prérogatives.

La nouvelle organisation du dialogue social

Modification profonde du modèle de représentation des salariés au sein des entreprises

DP, CE, CHSCT, CCE devient le CSE ou CE !

Objectifs poursuivis par la réforme :

Simplifier les modalités de fonctionnement des IRP

Permettre une vision globale de l'entreprise

Supprimer les effets de seuils

7.

Le Comité Social et Economique (CSE)

La mise en place du CSE

Les attributions et modalités de fonctionnement du CSE

Attributions du CSE : dans les entreprises de moins de 50 salariés

Principe : le CSE exerce les missions générales dévolues aux délégués du personnel (DP) et aux membres du comité d'hygiène, de sécurité et des conditions de travail (CHSCT)

Attributions CSE dans les entreprises de plus de 50 salariés

Principe : le CSE récupère toutes les attributions des anciennes institutions représentatives du personnel (IRP).

Attributions économiques, sociales et en matière de santé, sécurité et conditions de travail

Fonctionnement : objet d'un accord collectif

Périodicité des réunions du CSE : pas de dispositions d'ordre public (sauf dans le domaine de la santé-sécurité : minimum 4 réunions annuelles) ;

Dispositions ouvertes à la négociation collective (NC) : au moins 6 par an (tous les deux mois) ;

Mesures supplétives : réunion mensuelle dans entreprise de +300 salariés ; tous les deux mois dans entreprise à < 300 salariés, seconde réunion à la demande de la majorité des membres titulaires.

8. Consultations et négociations obligatoires

LES CONSULTATIONS RECURRENTES OBLIGATOIRES : ORDRE PUBLIC
Orientations stratégiques
Situation économique et financière
Politique sociale

LES NEGOCIATIONS OBLIGATOIRES (ordre public : une fois tous les quatre ans)

- La négociation obligatoire en entreprise concerne les entreprises où sont constituées une ou plusieurs sections syndicales d'organisations représentatives et dans lesquelles est présent au moins un délégué syndical.
- Une négociation sur la rémunération, notamment les salaires effectifs, le temps de travail et le partage de la valeur ajoutée dans l'entreprise ;
- Une négociation sur l'égalité professionnelle entre les femmes et les hommes, portant notamment sur les mesures visant à supprimer les écarts de rémunération, et la qualité de vie au travail.
- Une négociation sur la gestion des emplois et des parcours professionnels doit également être engagée par l'employeur, au moins une fois tous les quatre ans :

9. Le triptyque : ordre public, négociation, mesures supplétives

Mesures d'Ordre Public (OP) : négociations au moins tous les 4 ans sur chacun des trois blocs obligatoires. Initiative de l'employeur.

A défaut d'accord sur l'égalité professionnelle : l'employeur doit établir un plan d'action.

Interdiction pour l'employeur de prendre des mesures unilatérales dans les matières en cours de négociation sauf urgence

Mesures pouvant être négociées :

Périodicité de la négociation et le contenu de chaque thème

Le calendrier et le lieu de réunions

Les informations remises par l'employeur et les dates de remise

Les modalités de suivi des engagements pris

Mesures supplétives :

Les dispositions légales antérieures aux ordonnances.

10.

Prévisibilité et sécurisation de la relation de travail

Les motifs de licenciement peuvent être précisés postérieurement à la notification du licenciement.

Utilisation de modèles type de lettre de notification de licenciement mise à disposition par le gouvernement (www.service-public.fr)

Assouplissement du motif économique du licenciement.

Les accords de rupture conventionnelle collective.

La rupture du contrat de travail simplifiée et sécurisée

Le barème d'indemnités près du conseil de prud'hommes
Le barème CPH et ses limites

En conclusion

*Katherine KLECK-LEFORT
Avocat au Barreau de LYON
Droit Social et Conseil aux entreprises franco-allemandes
Médiateur près de la Cour d'Appel de LYON*

Anmerkung der Redaktion:

Das von Katherine KLECK-LEFORT angesprochene Thema wurde auch von unserem Vorstandsmitglied Nicola KÖMPF, Rechtsanwältin und Avocat, bei dem Vorseminar in Heidelberg angesprochen.

Wir verweisen dazu auf ihren Beitrag, siehe Seite 14.

■ Lesenswerte Publikationen aus Deutschland und Frankreich

BIJUS, la base de données juridiques franco-allemandes



BIJUS est un service du Centre juridique franco-allemand, géré par la Chaire de droit public français de l'Université de la Sarre dirigée par le professeur Philippe Cossalter.

BIJUS a pour objectif de promouvoir et de faciliter la communication entre juristes allemands et français. Fondé il y a vingt ans par le Professeur Christian Autexier, BIJUS se divise en deux sections linguistiques : D-BIJUS qui réunit les informations en langue française et anglaise sur le droit allemand et F-BIJUS qui contient les informations en langue allemande et anglaise sur le droit français. Les différentes sections de BIJUS sont BIJUS Biblio représentant un référencement en ligne de plus de 8000 références bibliographiques dans la langue de chaque pays sur le système juridique du pays partenaire ; BIJUS Norm constituant un signalement des traductions existantes des règles de droit de chaque pays dans la langue du pays partenaire et reproduction en ligne des principales d'entre elles, dont la traduction est assurée par l'équipe de la Chaire de droit public français de l'Université de la Sarre ; BIJUS Info chargé de la publication régulière d'articles, commentaires, analyses ou simplement notes dans la langue de chaque pays concernant les évolutions récentes du système juridique du pays partenaire ; BIJUS Doc qui publie des œuvres doctrinales de toute nature (articles, mémoires et thèses, livres anciens et modernes) ayant en commun de porter une analyse de droit comparé franco-allemand ou simplement de présenter le système juridique de chacun des pays dans l'autre langue.

Michel Fromont, République fédérale d'Allemagne : la jurisprudence constitutionnelle (2017)

Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger, n°4, 2018, pp. 1233-1265.

par Maria KORDEVA, LL.M., docteur en droit

La chronique de Michel Fromont, professeur émérite de l'Université Paris I, désormais incontournable pour les juristes portant un intérêt particulier à la connaissance du droit constitutionnel de la République fédérale d'Allemagne et de ses *Länder*, présente successivement la jurisprudence de la Cour constitutionnelle fédérale (*Bundesverfassungsgericht*) ainsi que la jurisprudence constitutionnelle des autres juridictions allemandes durant l'année 2017.

Les décisions qui ont eu le plus de retentissement dans l'opinion publique allemande sont sans conteste la décision de la Cour constitutionnelle fédérale relative à l'acceptation d'une identité sexuelle atypique, celle sur la répartition des places d'étudiant entre les candidats et la décision de la Cour administrative fédérale sur la fourniture de stupéfiants à des personnes mourantes souhaitant se donner la mort. Le 10 octobre 2017, la Cour constitutionnelle fédérale a rendu un arrêt ouvrant la possibilité de déclarer sur le registre des naissances tenu par l'état civil un sexe autre que le sexe masculin et le sexe féminin. À l'origine de la décision était un recours individuel formé par une personne qui avait sollicité une modification des mentions inscrites sur son acte de naissance : au lieu d'être enregistrée comme femme, elle souhaitait être enregistrée avec la mention "intersexuel" (inter/divers) ou, à titre subsidiaire, "différent" (divers). L'inconstitutionnalité de la répartition des places d'étudiants entre les universités la pénurie de places d'étudiants dans les universités allemandes est de plus en plus grande et leur attribution donne lieu à un contentieux abondant. La Cour constitutionnelle fédérale a rendu sa décision le 19 décembre 2017 en donnant raison au tribunal administratif qui avait dû faire la démonstration de l'inconstitutionnalité des règles de répartition des places d'étudiant en médecine. Enfin, le 2 mars 2017, la Cour administrative fédérale a cassé le jugement d'une cour administrative d'appel qui avait approuvé l'Office fédéral des médicaments et des produits médicaux pour avoir refusé à une malade incurable un dispositif médicamenteux afin de pouvoir se suicider. L'éventuelle inconstitutionnelle du *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) fait l'objet d'une décision intéressante rendue par la Cour constitutionnelle fédérale ayant causé une révision de l'article 21 de la Loi fondamentale du 23 mai 1949. En décembre 2013, le *Bundesrat* a

déposé une demande d'interdiction du parti *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*, et le 17 janvier 2017, la Cour rendit un arrêt selon lequel ce parti était certes hostile à la constitution, mais qu'il n'était pas prouvé qu'il puisse atteindre ses objectifs contraires à la constitution et qu'il n'était donc pas inconstitutionnel au sens de la Loi fondamentale. Au printemps 2017, suivant une suggestion de la Cour, le *Bundesrat* et le *Bundestag* ont entrepris de modifier l'article 21 afin que la Cour puisse condamner les partis antidémocratiques soit à la dissolution, soit à une mesure moins rigoureuse, la privation de tout avantage financier (soit des subventions de l'État, soit des avantages fiscaux en faveur des donateurs). La loi de révision constitutionnelle a été promulguée le 13 juillet 2017. L'article 21, alinéa 2 est modifié en y ajoutant : "Lorsque cette exclusion est constatée, ces partis sont également privés des avantages fiscaux et des subventions. La Cour constitutionnelle fédérale statue sur la question de l'inconstitutionnalité prévue par l'alinéa 3". Ainsi, il existe deux sortes de partis inconstitutionnels : ceux qui entreprennent de renverser le régime existant et constituent des menaces sérieuses et ceux qui manifestent leur hostilité à la démocratie libérale, mais qui ne sont pas dangereux pour l'instant : les premiers peuvent être dissous et les seconds peuvent être privés des aides de l'État.

Une partie de la chronique s'intéresse également aux questions préjudicielles posées par le juge constitutionnel allemand à la Cour de justice de l'Union européenne.

Georg Jellinek, *Révision et mutation constitutionnelles*, ouvrage traduit de l'allemand par Marie Ange Roy, avec la collaboration d'Olivier Jouanjan, Dalloz,

Collection *Droit politique (Textes fondamentaux)*, 2018, 97 p.

par Maria KORDEVA, LL.M., docteur en droit

Verfassungsänderung und Verfassungswandlung de Georg Jellinek paraît en 1906, mais il faut attendre 2018 afin que le texte allemand soit rendu accessible au public français non-germanophone. Il s'agit d'un « livre bref mais dense », issu d'une conférence donnée le 18 mars 1906 devant la Société des juristes viennois, se situant « aux frontières du droit public et de la politique », car « il est certainement tout à fait utile d'attirer l'attention sur quelques questions politiques d'une extrême importance, que la science allemande a seulement effleurées [...] », écrit Jellinek.

Il s'agit d'une enquête, menée avec la finesse propre au juriste d'origine autrichienne ayant trouvé sa place à la *Ruperta Carola*, l'Université de Heidelberg, qui porte sur la force de la « puissance suprême des lois fondamentales, socle stable sur lequel repose l'ensemble de l'édifice étatique » qui peut se trouver ébranlé par sa confrontation avec la réalité politique. Car « [q]u'on le veuille ou non, les lois fondamentales, comme toutes les autres lois, sont plongées par une nécessité inéluctable dans le cours des événements historiques », ce qui nous amène à nous interroger sur la manière dont sont modifiées les règles de droit contenues dans les constitutions. Ainsi, l'État souverain possède une « puissance de volonté illimitée » afin de « réviser sa constitution, l'abroger, la remplacer par une autre ». Ces changements surviennent parfois en dehors des chemins tracés par le droit : l'édifice institutionnel peut être la proie de bouleversements violents, de révolutions dont la conséquence est la création de droit nouveau. Il convient alors de se poser la question de savoir quelles sont les limites de ces changements. Jellinek distingue les révisions des mutations constitutionnelles. Les premières représentent des modifications des textes constitutionnels résultant d'« actes de volonté intentionnels ». Les secondes sont des modifications qui ne laissent les textes « formellement inchangés » et résultent de « certains faits, sans que ceux-ci s'accompagnent nécessairement de l'intention d'opérer une telle modification ou de la conscience de le faire ». Pour l'auteur de la *Théorie générale de l'État (Allgemeine Staatslehre)*, la doctrine des mutations constitutionnelles est « d'un intérêt bien supérieur à celle des révisions constitutionnelles ». Au-delà des réflexions sur la différence entre ces deux notions et phénomènes juridico-politiques, l'opus de Jellinek analyse les lacunes constitutionnelles, l'état du parlementarisme et « ses mutations en

Amérique et en Angleterre », la limitation du pouvoir des parlements par les institutions démocratiques.

La version française, fruit du travail de Marie Ange Roy, auquel s'est associé Olivier Jouanjan, traduit les subtilités de l'élégant langage de Georg Jellinek.

Martin Hlawon, *Droit international privé allemand et européen du patrimoine. Guide pour la pratique notariale franco-allemande*

Éditions juridiques franco-allemandes, collection *BIJUS*, 2018, 94 p.

par Maria KORDEVA, LL.M., docteur en droit

L'ouvrage introductif au droit international privé allemand sorti sous la plume de Martin Hlawon, juriste à la direction des affaires juridiques de la Ludwig-Maximilians-Universität à Munich, s'adresse en particulier aux notaires français souhaitant s'initier aux règles du droit international privé allemand et européen portant sur la gestion du patrimoine des particuliers appliquées par un notaire ou une juridictions allemands dans l'hypothèse d'un cas d'espèce impliquant une situation transfrontalière. Les règles applicables relèvent du droit allemand national, mais la solution des problèmes juridiques ainsi posés suppose la mise en œuvre de dispositions du droit de l'Union européenne et de conventions internationales bi- et multilatérales.

Afin de mieux exposer les principes régissant la matière, l'auteur présente cinq parties portant successivement sur les notions générales du droit international privé allemand (contenant des explications précieuses sur les notions employées en droit international privé allemand) (I.), le droit international privé général du patrimoine (capacité et représentation) (II.), les effets patrimoniaux des unions civiles (mariages et partenariats enregistrés sous les régimes allemand et européen) (III.), les transferts de patrimoine à titre onéreux (vente et sûretés réelles immobilières) (IV.) et transferts de patrimoine à titre gratuit (donations et successions) (V.).

Mélanges en l'honneur du Professeur Claude Witz

LexisNexis, collection *Mélanges*, 2018, 924 p.

par Maria KORDEVA, LL.M., docteur en droit

Le 7 décembre 2018, à la Faculté de Droit de Strasbourg, a eu lieu la remise des *Mélanges en l'honneur du Professeur Claude Witz* célébrant une carrière académique riche et un parcours, entamé au sein même de cette Faculté, ayant marqué collègues, étudiants, amis par sa finesse, sa volonté inébranlable de trouver un dialogue entre deux systèmes juridiques, français et allemand, qui sont géographiquement si proches, mais conceptuellement parfois très éloignés. Depuis 1980, sous la direction du Professeur Claude Witz, la Chaire de droit privé de l'Université de la Sarre s'est transformée en véritable pôle de recherche en droit privé franco-allemand en maintenant un intérêt constant pour le droit des obligations, un des sujets de recherche de prédilection de son directeur. Une des contributions s'attèle d'ailleurs à explorer une partie de l'œuvre de Claude Witz : Le regard de Claude Witz sur le droit allemand signé Paulo Casella Borba, en collaboration avec Gabriella Oliveira Werner et Maria Olivia Silveira Ferreira (pp. 135-142), s'intéresse à l'important travail académique et intellectuel du Professeur Claude Witz tout en se tournant vers son ouvrage, véritable pont entre le système juridique allemand et les juristes francophones, *Le droit allemand*

Plusieurs auteurs présents dans ce volume-hommage consacrent des développements à la comparaison des spécificités françaises et allemandes, en particulier dans le domaine du droit des obligations ou encore en droit de la consommation ou de la concurrence.

- Pascal Ancel, « Impossibilité et force majeure : un éclairage du droit allemand sur le nouveau droit français des obligations », pp. 25-40.
- Géraldine Demme, « Le droit des ententes français et allemand : un rapprochement à géométrie variable avec le droit de l'Union européenne », pp. 258-264.
- Jonas Knetsch, « L'acte juridique et le nouveau droit français des obligations : réflexions sur les pérégrinations franco-allemandes d'un concept juridique », pp. 419-444.
- Valérie Lasserre, « La cession de créance en droit français et en droit allemand », pp.467-504.
- Steffen Paulmann, « La convention de Vienne – garant pour atténuer la AGB-Kontrolle allemande en matière de clause exonératoire de responsabilité », pp. 625-632.

- Élise Poillot, « Les codes d'intégration du droit de la consommation dans le système juridique. Regards franco-allemands », pp. 671-700.
- Olivier Remien, « Leistungsstörungen nach der réforme du droit des contrats in deutscher und europäischer Sicht », pp. 777-794.
- Marc-Philippe Weller et Lucienne Schlürmann, « Methodenvielfalt im IRP des 21. Jahrhunderts – ein deutsch-französischer Vergleich », pp. 893-912.



Dr. Maria KORDEVA ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für französisches öffentliches Recht der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Besondere Tätigkeitsschwerpunkte: Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Rechtstheorie.

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am 15.03.2019.

**Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Verfasser
verantwortlich.**

Bonne Année

La Rédaction.

■ Stellenanzeigen



WIR SUCHEN VERSTÄRKUNG!

Mit über 35 Avocats und Rechtsanwälten und Standorten in Köln, Paris, Lyon, Straßburg, Baden-Baden und Saargemünd gehören wir zu den führenden Kanzleien im deutsch-französischen Rechtsverkehr.

Zur weiteren Verstärkung unseres Teams suchen wir kurzfristig einen Avocat oder Rechtsanwalt Avocat (m/w) mit Schwerpunkten im französischen VERTRAGS- UND PROZESSRECHT für die Standorte PARIS, KÖLN oder LYON.

Wenn Sie mit den (Rechts-)Kulturen beider Länder vertraut und zweisprachig sind, möglichst bereits Berufserfahrung in den genannten Bereichen haben und unsere Mandanten auf höchstem Niveau beraten möchten, schicken Sie uns bitte Ihre Bewerbungsunterlagen.

Was Sie erwartet:

- Ein junges und erfolgreiches deutsch-französisches Team,
- Anspruchsvolle Aufgaben mit internationalem Bezug,
- Direkter Mandantenkontakt,
- Transparenz, Vertrauen und Anerkennung,
- Faire und flexible Arbeitszeiten und Vergütung, keine Wochenendarbeit, kein Kanzleihandy.

Wir freuen uns auf Sie!

Bewerbungen bitte per Mail an:
Dr. Christophe Kühl
Konrad-Adenauer-Ufer 71-50668 Köln
bewerbung@avocat.de www.avocat.de





Startet Ihre internationale Karriere in Paris?

Die Rechtsanwaltskanzlei SOFFAL bietet Unternehmen aller Branchen und Grössen eine kompetente Rechtsberatung, die mit französischem savoir vivre ebenso umgehen kann, wie mit deutscher Effizienz.

Unsere engagierten Anwälte sind seit 1987 geschätzte Gesprächspartner für weitreichende internationale Rechtsfragen : vom deutsch-französischen Wirtschaftsrecht über Immobilienbesitz im Ausland bis hin zum Unternehmenskauf oder-verkauf.

SOFFAL sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen :

französischsprachige(n) Anwältin/ Anwalt

im Gesellschafts-, Handelsrecht

.

Zu Ihren Tätigkeiten gehören

- juristische Recherchen und Erstellung von juristischen Stellungnahmen
- die Erstellung von Schriftsätzen, die Wahrnehmung von Mandanten- und Gerichtsterminen, sowie die schriftliche Korrespondenz mit Mandanten und Gegenparteien.
- als Anwalt beraten Sie vor allem französische Tochtergesellschaften deutscher Unternehmensgruppen unterschiedlicher Branchen

Ihr Profil

- Deutsch-französische Ausbildung : Sie sind idealerweise französischer Avocat mit einer Ausbildung im deutschen Recht
- Sehr gute französische Sprachkenntnisse (mündlich und schriftlich)
- Freude an eigenverantwortlicher Arbeit in einem interdisziplinären Team und am Umgang mit Mandanten

Bewerbungen per e-mail an jobs@soffal.fr



Wir suchen eine Rechtsanwältin/einen Rechtsanwalt im deutsch-französischen Recht

Wir sind eine Rechtsanwaltskanzlei mit einer humanen Größe und langjährigen Erfahrung im deutsch-französischen Rechtsverkehr. Wir suchen eine Anwältin/einen Anwalt mit Schwerpunkt im französischen Arbeitsrecht und/oder im französischen Wirtschaftsrecht, um unser Team in Straßburg zu stärken.

Was wir unserer Kollegin/unserem Kollegen bieten:

- unseren deutschen Mandanten täglich in ihren internationalen, interessanten und abwechslungsreichen Angelegenheiten zur Seite stehen, und zwar in der Rechtsberatung und/oder je nach persönlichem Interesse im Gerichtswesen,
- in einem jungen und dynamischen Team arbeiten,
- Beachtung der *Work-Life-Balance*.

Was wir erwarten:

Eine Anwältin/einen Anwalt, die/der einen deutsch-französischen Studiengang (ein Jahr in Frankreich reicht auch aus) absolviert hat und den Kontakt mit deutschen Unternehmen schätzt, sei es mit oder ohne Berufserfahrung.

Eine bedeutsame Erfahrung im Arbeitsrecht ist keine notwendige Voraussetzung für die Stelle in diesem Bereich.

Wagen Sie den Schritt nach Frankreich! Verbinden Sie Ihren Beruf mit einem lebenswerten Umfeld.

Schreiben Sie uns einfach eine E-Mail an contact@berton-associes.com